

## Zivilgesellschaft und sozialer Frieden

**Die KAS Dakar lud am 12. Juli 2011 die Vertreter zivilgesellschaftlichen Organisationen, Abgeordnete, Senatoren und die Stipendiaten zu einer Diskussion über die Rolle der gesellschaftlichen Akteure beim Erhalt des sozialen Friedens ein. Allein die Disposition der Stühle in Kreisform ohne Podium und Hauptredner symbolisierte den Sinn dieses Treffens: Alle Akteure und Antagonisten sollten gleichberechtigt, im offenen und freien Dialog ihre Lösungsvorschläge für das aktuelle soziale Malaise präsentieren und diskutieren.**



Professor Serigne Diop, Ombudsmann der Republik und ehemaliger Justizminister sowie der Vorsitzende des nationalen Komitees für den sozialen Dialog, Youssoufa Wade, führten die Veranstaltung ein. Diop dankte der KAS dafür, seit den gewaltsamen Unruhen am 23. und 27. Juni als erste Organisation den gesellschaftlichen Entscheidungsträgern ein Forum zu bieten, um über die Unruhen und deren Folgen zu diskutieren. Er meinte, dass der soziale Fortschritt auf der permanenten Überwindung von Gegensätzen und Widersprüchen beruhe, dies müsse aber in friedlicher und kontrollierter Weise geschehen.

Youssoufa Wade rief alle sozialen Akteure dazu auf, den Dialog nicht abbrechen zu lassen. Dieser Abend sei eine Herausforderung an die Dialogfähigkeit der Teilnehmer, die verschiedenen politischen Parteien und Meinungen angehörten.

Am 23. und 27. Juni war es in Dakar und in allen Regionalstädten zu gewaltsamen Unruhen gekommen. Die Bevölkerung wehrte sich mit Demonstrationen gegen die Verabschiedung einer Verfassungsänderung durch die Nationalversammlung, die einen Wahlsieg des Präsidenten im nächsten Jahr schon mit 25 % der Stimmen erlaubt und eine Art monarchische Erbfolge auf dem Präsidentensessel erlauben hätte. Angehörige aller Bevölkerungsgruppen hatten am 23. Juni vor der Nationalversammlung demonstriert, auch viele Frauen und ältere Menschen. Die Protestkundgebung lief unter dem Motto eines Rap Sängers „Y en a marre“ (wir sind es satt) und „Rühr meine Verfassung nicht an“. Nachdem die Gefolgsleute eines ehemaligen Ministers den Repräsentanten einer Menschenrechtsorganisation krankenhaushausreif geschlagen hatten, wurde aus einer friedlichen Kundgebung eine gewaltsame Demonstration gegen das Regime, dem vorgeworfen wurde, den Bedürfnissen der Bevölkerung und des Landes schon lange nicht mehr gerecht zu werden und nun auch noch mit einer Verfassungsmanipulation seinen Machtanspruch verewigen wolle.

Am 27. Juni war es erneut zu gewaltsamen Demonstrationen gekommen. Dieses Mal beehrten vor allem die Jugendlichen auf, die ihrem Unmut über die immer länger werdenden Stromausfälle Ausdruck verliehen und den Präsidenten aufforderten, nicht

**SENEGAL**

UTE GIERCZYNSKI—  
BOCANDE

15. Juli 2011

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

mehr zu den nächsten Wahlen anzutreten. Mit Straßensperren aus brennenden Reifen und umgekippten Mülltonnen machten sie ganze Stadtteile unzugänglich und lehrten die Regierung das Fürchten. Privathäuser von unbeliebten Politikern wurden angegriffen, Autos verbrannt und sogar einige protestantische Kirchen und Gemeinschaftshäuser angegriffen. Viele Beobachter fürchteten die Ausweitung eines politischen Konfliktes auf andere Gesellschaftsbereiche.



Die KAS Dakar und ihre Partner beschlossen deshalb, so schnell wie möglich zu reagieren und den verschiedenen Akteuren aus Politik und Gesellschaft ein Gesprächsforum zu bieten, um Wege und Möglichkeiten für Individuen und Gruppen auszuarbeiten, um der drohenden sozialen Gewalt entgegen zu wirken. Die Vorschläge jeder Gruppe wurde an einen Ideenbaum geklebt, der am Ende der Veranstaltung mit „Früchten“ – Geistesfrüchten – behängt war.

Die Vertreter des KAS Partners, des nationalen Unternehmerdachverbandes CNP, betonten die Rolle der Unternehmen in sozialen Prozessen. Der Unternehmerdachverband müsse ein Orientierungsmodell für Unternehmer sein: unparteiisch, unabhängig, wertschaffend und wertschöpfend. Eine gut entwickelte Wirtschaft sei ein wichtiger Faktor für den Erhalt des sozialen Friedens. Die Unternehmer sollten aber auch zivilgesellschaftliche Vorbilder sein und soziale Kriterien im Sinne der sozialen Marktwirtschaft bei Unternehmenskonzeption und Management walten lassen.

KAS Partner Sidy Dieng trat dieses Mal nicht als Senator in die Arena, sondern als Leiter der Organisation ASECOD, mit der die KAS den staatsbürgerlich bildenden Comic Afrique Citoyenne publiziert. Dieng ging in seinem Beitrag auf die Interdependenz von

Freiheit und Verantwortung ein „Meine Freiheit endet dort, wo sie die Freiheit anderer behindert“. Er forderte die Teilnehmer auf, aktiv für das Recht auf das Anderssein einzutreten, insbesondere im Bereich der Religion und betonte die beispielhafte religiöse Toleranz in Senegal. Diese dürfe auf keinen Fall in Frage gestellt werden. Frieden und Staatsbürgerschaft seien abstrakte Begriffe, die durch staatsbürgerliche Bildung in Schulen und Organisationen mit Leben gefüllt werden müssten.

Die Vizebürgermeisterin des Dakarer Viertels Point E und KAS Dakar Alumni Fanta Diallo äußerte ihre Enttäuschung über die Regierung Wade. Sie beklagte besonders die „Arroganz“ des Präsidenten, der am 19. Juni vor einer Versammlung der Jungen Li-



beralen gesagt hatte, „die PDS werde bis 2019 an der Macht bleiben“, und die Opponenten könnten sich ja „bei Obama und Sarkozy“ beschweren. Der 23. Juni sei das friedliche „Nein“ der Bevölkerung zu einem Gesetzesvorschlag gewesen, der eine Diktatur eingeleitet hätte. Am 27. Juni allerdings hätten auch Straftäter die Lage genutzt, um ihre Verbrechen zu begehen, das könne niemand gut heißen. Diallo verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass Wade am 14. Juni im Rahmen einer angekündigten Rede an die Nation seine Präsidentschaftskandidatur zurückziehen werde. Nur so könne der soziale Frieden garantiert werden.

15. Juli 2011

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Ndeye Fatou Touré, Rechtsanwältin und Abgeordnete der Mikro-Opposition im Parlament (ca. 13 %) suchte nach den tiefen Ursachen der Gewalt und fasste diese zusammen als „Bruch der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz“. Dieser wird durch den Ausschluss eines Teils der Bevölkerung an Entwicklung und Fortschritt, an einer Verweigerung ihrer Rechte, an Diskrimination sichtbar. Die Armut entstehe aus einer Abfolge von Nichtachtung der Rechte: das Recht auf Bildung, auf eine saubere Umgebung, auf Arbeit, auf Gesundheit, und sei die eigentliche Ursache der Gewalt. Die Jugendlichen begehren dagegen auf, allerdings sei ihr Slogan eine Aufforderung zu Gewalt, denn „ich bin es satt“ sei eine gewaltsame Sprache. Die Bürger sollten nicht alle Politiker „in einen Topf“ werfen und vor allem in der Sprache Formulierungen finden, die dem Frieden zuträglich seien. Der Vorschlag, die mittlerweile weit verbreitete Protestbewegung „Y en a marre“ umzutaufen, wurde am Folgetag ausführlich von zahlreichen Presseorganen kommentiert.

Der Vorsitzende der Stipendiaten Vereinigung der KAS, Emmanuel Dione, schlug als Früchte für den Ideenbaum die Termini Mitwirken und Engagement vor. Ein weiterer Stipendiat, Jeremy Bianquinch, der gleichzeitig der Vorsitzende der Bassari Schüler- und Studentenunion ist, machte die Teilnehmer darauf aufmerksam, dass es in Senegal noch Diskrimination auf Grund von Ethnie und Religion gäbe. Die jungen Leute wollten aber nicht mehr passiv ertragen, sondern handeln, sie wollten die Welt und die Gesellschaft „neu erfinden“ und legten besonderen Wert auf den Kampf gegen die Armut, das Analphabetentum, die Gewaltentrennung. Die staatsbürgerliche Erziehung müsse schon in den Familien beginnen, dies sei eine Art der „Vorbeugung“ gegen antidemokratisches Verhalten von Erwachsenen.

Die ehemalige Ministerin und Abgeordnete Haoua Dia Thiam verglich den 23. Juni 2011



mit dem 19. März 2000, als nach 40 Jahren sozialistischer Herrschaft die liberale Partei in freien Wahlen an die Regierung gelangte.

Am 23. Juni seien die Menschen vor die Nationalversammlung gezogen, weil die Regierung mit dem Versuch, die Verfassung zwecks Machterhalts zu modifizieren, den „Gesellschaftsvertrag“ gebrochen habe. Der 23. Juni steht laut Thiam für ein neues gesellschaftliches Bewusstsein. Im Jahre 2000 wurde das Schicksal des Staates Dank der Urnen verändert, elf Jahre später hat der Druck durch die Mobilisierung der Bevölkerung zum Respekt der Verfassung geführt.



„Rühr meine Verfassung nicht an!“

Der Mitarbeiter der KAS Partnerorganisation Movement Citoyen, Alpha Faye, ist Gemeinderatsmitglied in der Kleinstadt Fissel, 200 km südlich von Dakar. Er stellte fest, dass viele Bürger kein Vertrauen mehr in die politischen Akteure haben. Faye forderte die Politiker auf, ihren Machtbegriff zu überdenken. Nepotismus, Clandenken oder Familie hätten in der Politik keinen Platz. Er möchte das Vertrauen der Bevölkerung in die gewählten Vertreter wieder herstellen und hat damit begonnen, dass im Gemeinderat kein Mitglied mehr Aufwandsentschädigungen annimmt. Dieses Geld geht in die Kasse der Gemeinde, um ein gutes Funktionieren des

**SENEGAL**

UTE GIERCZYNSKI—  
BOCANDE

15. Juli 2011

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Rates zu gewährleisten. Faye forderte die Teilnehmer auf, Dialogmechanismen und –instrumente zu diskutieren.

Der Vorsitzende von Amnesty International Senegal und Professor an der Universität Dakar, Louis Mendy, lud zu einer prospektiven Reflexion ein. Die Politik müsse wieder zu den Menschen kommen, soziale Konfliktvermeidungsmechanismen ausgeschöpft werden und vor allem müsse der Respekt der Menschenrechte gewährleistet sein. Die Zerstörung von Kirchen sei extrem beunruhigend und stehe im Gegensatz zur „legendären Toleranz“ der Senegalesen im Hinblick auf die freie Religionsausübung und den Respekt der Religion der anderen. Mendy schloss mit den Worten, er wünsche keine andere Elfenbeinküste oder ein neues Nigeria in Senegal.

Jean Meissa Diop ist Direktor der Tageszeitung Walf Grand Place und Mitglied der Association der katholischen Kommunikatoren. Auch für ihn ist der 23. Juni ein Symbol für die demokratischen Meinungs- und Ausdrucksfreiheit, während der 27. Juni für Xenophobie, Diskrimination und Ausgrenzung steht. Manche Ausdrücke haben ihm eine Gänsehaut gegeben – diese dürften auf keinen Fall einreißen. Mit einem Migrationshintergrund par excellence seien die Senegalesen in der Regel offen und tolerant. Wehret den Anfängen, lasst niemals eine ethnische oder religiöse Instrumentalisierung der politischen Auseinandersetzung zu, war sein Fazit und Aufruf.



Jean Meissa Diop

Mit dem Senator Alpha Guisse kam die politische Polemik in die Diskussion. Er verteidigte vorbehaltlos die Regierungspolitik und verurteilte nicht nur die Gewalthand-

lungen des 27. Juni, sondern auch die Demonstrationen des 23. Juni. Die Bezeichnung „Y en a marre“ unterstriche negative Werte und man solle lieber über andere Daten nachdenken. Politik und Gesellschaft müssten eine Introspektive beginnen, um in Zukunft Gewalt zu verhindern.



Youssoufa Wade

Der Vorsitzende des Komitees für den sozialen Dialog Youssoufa Wade beschloss den ersten Teil der Diskussionsrunde mit weisen Worten – die von ihm als „Doyen“ und Mediator in vielen Konfliktsituationen erwartet wurden. Wade unterschied zwischen der „natürlichen“ und der „sozialen“ Gesellschaft. Tradition und Religion seien die Basis jeder Gesellschaft. Das aktuelle Problem nicht nur in Senegal sei die ungleiche Verteilung des Wohlstandes, sie führe zu Frustrationen, Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt. Wade empfiehlt die Bildung als Instrument im Kampf gegen Armut, illegale Emigration und gewaltsame Konflikte. Die konfliktbeladenen Tage im Juni seien nur der Ausdruck eines viel tiefer liegenden Malaises gewesen. Es sei notwendig, auch wieder zu gewissen positiven traditionellen Werten zurück zu kehren, um eine weitere Verrohung der Sitten, sei es auf Seiten der politischen Führung oder auf Seiten der Bevölkerung zu verhindern.

Die anschließende Diskussion mit Beiträgen von Teilnehmern aus den Bereichen Medien, Universität und Religion stellte zwei Themen in den Vordergrund: die religiöse Toleranz und den Respekt der Menschenrechte. Der Bistumsdirektor Dominique Mendy zählte mehrere Fälle von mangelnder religiöser Freiheit auf, wie das Verbot des Kirchenbaus in einigen Städten mit Hauptsitz einer muslimischen Bruderschaft. Er kritisierte auch

**SENEGAL**

UTE GIERCZYNSKI—

BOCANDE

15. Juli 2011

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

die allzu eindeutige Parteinahme der politischen Führung für eine muslimische Bruderschaft und forderte einen positiven Laizismus, in dem die politische Leitung gleiche Distanz zu allen religiösen Gemeinschaften hält. Er betonte die Rolle von religiösen Verantwortungsträgern bei der Entwicklung und dem Erhalt des religiösen Friedens.

Honoré Ndiaye von der Organisation MALAO zum Kampf gegen Kleinwaffen erklärte, dass die Friedenserziehung schon in der Familie beginne. Die Friedenskultur müsse die normale und alltägliche Lebensform sein. Allerdings habe auch der Staat seine Rolle zu spielen. In der Region Kedougou beispielsweise würden die elementaren Rechte vieler Menschen nicht respektiert, da die vom Staat zugelassenen privaten Goldgesellschaften ganze Dörfer vertreiben dürften, Quecksilber in die Flüsse leiten und Städte und Natur nachhaltig vergiften. Dann solle man sich nicht wundern, wenn in der Gesellschaft gewaltsame Aufstände entstehen, wie im Jahre 2008 geschehen. Ndiaye rief alle Teilnehmer, besonders die politischen Entscheidungsträger dazu auf, sich aktiver für den Respekt der Menschenrechte einzusetzen.

Auch die anderen Gesprächsteilnehmer unterstrichen die These, dass es wichtig sei, den Anfängen zu wehren. Wenn der 23. Juni Ausdruck eines neuen demokratischen und republikanischen Volksbewusstseins gewesen sei, so stehe der 27. Juni für den Ausbruch unkontrollierbaren Volkszorns, der sich gegen den Staat, aber auch gegen Privatpersonen, religiöse und ethnische Gemeinschaften wenden könne. Deshalb sei es ausschlaggebend, dass der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Akteuren und besonders den Antagonisten angeregt und dynamisiert würde.

Der Ideenbaum war jetzt gefüllt und Nestor Bianquinch, ein Student aus der Region Kedougou gab zu bedenken: Sind die Früchte des Baumes essbar? Jetzt gehe es darum, die vielen guten Ideen und Vorschläge in die Tat umzusetzen. Seine Devise war: Bewusstseinsbildung, Verhaltensänderung, Aktion.



Die Ideen, Vorschläge und Maximen sind in drei Gruppen zu staffeln: Zunächst wurden von vielen Teilnehmern die allgemeinen Werte im gesellschaftlichen Zusammenleben, aber auch in der Konzeption des Menschenbildes genannt: Frieden, Menschenwürde, Toleranz, Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit und Verantwortung. Die nächste Kategorie fasst die Werte der staatlichen Konzeption und bei Verfassungsdispositionen zusammen: Laizismus und freie Religionsausübung, Recht auf Erziehung, Respekt der verfassungsmäßigen Ordnung, staatsbürgerliche und patriotische Erziehung, Respekt des Sozialvertrages, der Verfassung, des Gemeingutes, soziale Marktwirtschaft. Die letzte Kategorie entspricht Nestors Aufforderung zu Verhaltensänderung und Aktion: Verantwortliches politisches und staatsbürgerliches Engagement, Partizipation, Dialogbereitschaft und Wachsamkeit der Bürger.

Abschließend und zusammenfassend betonte Ute Bocandé von der KAS Dakar die Notwendigkeit, dass – um wirklich von der Theorie zur Praxis zu kommen – jeder Teilnehmer und seine Organisation eine Wachfunktion ausüben müsse. Es genüge nicht, die Ursachen gesellschaftlicher Gewalt zu benennen und Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Bis zu den Wahlen sei eine Zuspitzung der sozialen Lage durchaus vorstellbar und es läge an jedem einzelnen, mit Mut und Zivilcourage dazu beizutragen, dass der soziale Friede in Senegal erhalten bliebe.

Die Diskussion dauerte bis spät in den Abend hinein, sie wurde dieses Mal nicht unter den Mangobäumen im KAS Garten fortgesetzt, sondern auf der Veranda, da sich ein erfrischender Regenguss über die

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**SENEGAL**

UTE GIERCZYNSKI—  
BOCANDE

**15. Juli 2011**

[www.kas.de/senegal](http://www.kas.de/senegal)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Stadt entlud. Dieser, so ein Teilnehmer, sollte nicht nur die glühende Asche der sozialen Unruhen löschen, sondern den engagierten Bürgern und Politikern auch einen neuen, erfrischenden Elan verleihen, um die Vorwahlperiode gelassen, aber wachsam und aktiv anzugehen.

